

Die „Freiheit“ erscheint wöchentlich am Sonntag und Schlußnummer am Montag. Der Preis beträgt bei fortw. Zustellung ins Haus für Ost- u. Berlin 2,50 M., bei Postumsendung 3,00 M. Bei Bestellung unter Bezeichnung 1,50 M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Ausgaben der Weimarer Zeit (1919) eingetragen. Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III. Verlagsdruck: Amt Norden 2895 und 2896.

Interessante und wichtige Neuigkeiten über den Krieg. Die „Freiheit“ liefert die wichtigsten Neuigkeiten über den Krieg. Die „Freiheit“ liefert die wichtigsten Neuigkeiten über den Krieg. Die „Freiheit“ liefert die wichtigsten Neuigkeiten über den Krieg. Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19, Verlagsdruck: Amt Norden 2895.

Die Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Jahrgang 2

Montag, den 10. Februar 1919

Nummer 73

Die Internationale und die Kriegsgefangenen

Wer sorgt für unsere Kriegsgefangenen?

Es ist das Bestreben der Alldeutschen, die ungeheure Schick, die sie als Urheber des Krieges auf sich geladen haben, los zu werden. Sie versuchen alles, um sich jetzt der Öffentlichkeit als die wahren Freunde des Volkes hinzustellen. So haben sie, die sie alles getan haben, um das Ende des Krieges zu verhindern, und dadurch die Schuld daran tragen, daß so viele unserer Soldaten in Gefangenschaft schmachten, jetzt einen „Volksbund zum Schutz der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen“ gegründet. Er entfaltet gegenwärtig eine große Agitation zur Herausgabe der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen. Diese Aktion, der im Ausland mit allen Kräften gehobten Alldeutschen kann der Sache unserer Kriegsgefangenen nur schaden, nicht aber nützen. Die Alldeutschen, die sich während des Krieges die ungeheuerlichsten Schandthaten gegen die feindlichen Kriegsgefangenen haben zuschulden kommen lassen, die es billigen, daß die belgischen und nordfranzösischen Zivilisten aus ihrer Heimat abtransportiert und zur Zwangsarbeit gezwungen wurden, die das Verlangen der russischen Kriegsgefangenen verachten, nach dem Abschluß des Friedens von Bruch-Browl in ihre Heimat befördert zu werden, können nicht mit Erfolg an die Menschlichkeit appellieren. Das Ausland macht sie für alles verantwortlich, was die deutsche Kriegführung an Verbrechen und Schandthaten auf sich geladen hat. Das Ausland hat noch nicht vergessen, daß von den Leuten, die jetzt im Namen der Menschlichkeit zu sprechen vorgehen, alle Gesetze der Menschlichkeit mit Füßen getreten wurden.

Die ganze Aktion hat aber auch nur den Zweck, neues Wasser auf die alldeutschen Mühlen zu treiben. Sie wollen sich der Öffentlichkeit als die Freunde unserer Kriegsgefangenen vorstellen. Aber die gestrige Rundgebung zeigte, daß sie noch immer im ärgsten Nationalismus befangen sind. Als Genosse Vogt-Heer im Namen der Unabhängigen Sozialdemokratie darauf hinwies, daß die Alldeutschen das bedauerndste Schicksal unserer Kriegsgefangenen verschuldet haben, wurde er brutal niedergeschrien.

Die Freisetzung unserer Kriegsgefangenen wird nicht von den Alldeutschen erreicht werden können. Diese Forderung kann nur von denen mit Erfolg erhoben werden, die auch während des Krieges Menschlichkeit für die Gegner gefordert haben. Deshalb hat auch Genosse Eisner auf der Internationalen Sozialistenkonferenz in Wien mit aller Wärme und unter Zustimmung auch der französischen Sozialisten gefordert, daß die deutschen Kriegsgefangenen bald in ihre Heimat entlassen werden.

Die begeisterte Aufnahme des Kongresses für Eisner zeigt, daß aus dieser Aktion mehr Nutzen für die Kriegsgefangenen entspringt, als aus dem alldeutschen Geschrei.

Der Kuhhandel.

Zu Weimar wird weiter geredet. Es ist eigentlich merkwürdig, daß so berühmte Kuhhändler, die in der Nationalversammlung nur tun, was sie im alten Reichstag so lange geübt, nicht rascher zum Ziel kommen.

Aber diesmal geht es ja um ganz große Dinge: sollen wirklich die Mehrheitssozialisten alle drei Präsidenten a) des Reiches, b) des Ministeriums, c) der Nationalversammlung stellen oder sollen Demokraten oder Zentrum nicht wenigstens b oder c erhalten, wenn die Rechtssozialisten a kriegen? Und da nach den Gesetzen der Kombinationsrechnung noch verschiedene andere Möglichkeiten vorhanden sind, ist die Lösung in der Tat schwierig. Bieleicht läßt man sich von einem Mathematiker alle Kombinationen aufschreiben und knobelt dann eine aus.

Weniger hört man von den sachlichen Verhandlungen, von dem künftigen Regierungsprogramm. Daß die Reden der Ebert und Dautz, aus denen alles und nichts herausgelesen werden kann, kein Regierungsprogramm darstellen, ist klar. Das Zentrum aber will doch einige Sicherheit haben, wenn es mittun soll. Es verfährt dabei ziemlich energisch. Die „Germania“ schreibt:

Das Zentrum wird die Forderung erheben müssen, daß keiner der unumstößlichen Grundsätze seines Programms durch das offizielle Regierungsprogramm verletzt wird; es wird aber weiter auch die Forderung erheben, daß es entsprechend seiner Stärke und seines Vermögens an der Regierung Anteil erhält. Darum wird es sich nicht damit begnügen können, daß ihm in der Regierung das eine

oder andere Fachministerium eingeräumt wird, und es wird auch seine Zustimmung nicht dazu geben können, daß die Zusammenziehung der Regierung eine sozialistische Mehrheit ergibt, die in der Nationalversammlung selbst nicht vorhanden ist. Es wird nimmer zugeben können, daß eine Regierung, an der es teil hat, kulturpolitische Ziele verfolgt, die seinem ganzen Wesen, seiner Geschichte und seinen Idealen widersprechen; es wird eine vernünftige Wirtschaftspolitik und ein in seiner Stärke durch die Verhältnisse bestimmtes Volksgesetz verlangen müssen.

Kurz, das Zentrum wird dafür sorgen, daß auf dem Gebiet der Kulturpolitik, der Wirtschaft und, soweit es geht, des Militarismus alles beim alten bleibt. Deshalb geht es in die Regierung und hilft die „breite Basis“ schaffen, die die rechtssozialistische Führung braucht, um auch dann in der Regierung bleiben zu können, wenn weitere Arbeiterwünsche gegen diese Führung rebellieren. Und da das Zentrum an seinen Prinzipien der liberalen Reaktion denn doch ganz anders festhalten weiß, als die demokratischen und rechtssozialistischen Führer an der ihrigen, so kann man sich vorstellen, wie die neue Regierung beschaffen sein wird.

Der „Lokalanzeiger“ trifft den Nagel auf den Kopf, wenn er meint: Wenn dieses Ministerium zustande kommt, „so dürfte sich mancher der Leser fragen, ob dieses Ergebnis nicht auch ohne die Revolution schon vom Prinzen Max hätte erreicht werden können“.

Schandurteile gegen die Polen.

Wie ein Eigenbericht des „Vorwärts“ meldet, sind in Bromberg wegen „Hochverrats“ und „Widerstands gegen bewaffnete Macht“ 11 gefangene Polen vom Kriegsgericht des Belagerungszustandes zu schweren Strafen verurteilt worden. Fünf wurden zu 15 Jahren Zuchthaus, zwei zu 12 Jahren, einer zu 10 Jahren Zuchthaus und 3 zu je 12 Jahren Festung verurteilt.

Es ist eine Schande, daß eine sozialistische Regierung glaubt, eine nationale Revolution mit Zuchthausstrafen unterdrücken zu können. Die Anwendung des alten Wilhelmianischen Strafgesetzbuches gegen die Polen kann nicht scharf genug verurteilt werden. Wir fordern deshalb, daß die Regierung solchen brutalen Gewalturteilen, die nur dazu dienen können, die Leidenschaft der Polen weiter aufzuheizen und die Lage im Osten erneut zu verschärfen, mit allen Mitteln verhindert. Wie die letzten Wochen gezeigt haben, führen solche Gewaltakte gegen die Polen nur zu Vergeltungsmahnahmen, durch die Unschuldige schwer geschädigt werden.

Der Beamten-Bund droht.

Wie Wolff meldet, hat der Deutsche Beamtenbund folgenden Telegramm an die Nationalversammlung in Weimar gerichtet:

„Tagespresse zufolge werden dauernd von bewaffneten Soldaten und Arbeitern, die sich zu Unrecht Befugnisse der zuständigen Behörden anmaßen, Beamte der Freiheit beraubt, mißhandelt und getötet und unerhörtem Terror unterstellt. Gleiche Vorgänge wie in Hamburg auch im Westen und Osten unseres Vaterlandes. Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes unter allen Umständen schwer gefährdet. Wenn persönliche Freiheit, Gesundheit und Leben der Beamten weiter angetastet werden, sind Beamte gezwungen, ihre Rechte durch Maßnahmen zu wahren, die für gesamtes Wirtschaftsleben unabsehbare Folgen zeitigen könnten. Deutscher Beamtenbund als Gesamtheit der deutschen Beamtenschaft mit rund zwei Millionen Mitgliedern erbittet dringend unerbittliche Abhilfe zur Sicherung der unbedingt notwendigen ungehinderten Weiterarbeit der Beamten.“

Diese Darstellung stellt die Tatsachen völlig auf den Kopf. Es ist nicht wahr, daß irgendwo die Beamten, die unter den neuen Verhältnissen zur Arbeit bereit waren, daran gehindert worden wären. Am Gegenteil! In vielen Fällen haben die Beamten durch passiven und aktiven Widerstand den Organen der Revolution ihre Arbeit unerhört erschwert. Und jetzt versuchen die reaktionären höheren Beamten die gesamte Beamtenschaft zu Streiks aus politischen Gründen aufzureden.

Neues Recht für die Gemeinden!

Am 23. Februar werden in Berlin und in zahlreichen anderen preussischen Gemeinden zum ersten Male Vertretungen der Einwohnerschaft nach einem Wahlrecht gewählt werden, das nicht mehr eine Privilegierung einzelner Klassen und Kreise bedeutet. Auch die Frauen haben das Stimmrecht erhalten, jeder, der das zwanzigste Lebensjahr vollendet hat, wird wählen dürfen. Die skandalöse Bestimmung, daß die Hälfte der Stadtverordneten aus Hausbesitzern bestehen muß, gilt nicht mehr. Und was das Wichtigste ist: die Wahl wird geheim sein, keiner wird kontrollieren können, wem jemand seine Stimme gibt.

Das bedeutet eine große Errungenschaft der Revolution. Es wird ein ganz neues Leben in die gemeindliche Verwaltung hineingetragen. Es eröffnet Ausichten auf eine noch vor wenigen Monaten fast unerreichbar scheinende Umgestaltung der Gemeindegewalt, die endlich wirklich den Interessen des arbeitenden Volkes gerecht wird.

Das neue Wahlrecht allein genügt aber noch nicht, um den „freien Raum“ im gemeindlichen Leben voll zur Geltung zu bringen. Es müssen noch weitere Änderungen der Gemeindeverwaltung hinzutreten.

Die Änderung der Gemeinde- und Städteordnungen — es gibt ihrer selbst innerhalb Preussens eine ganze Reihe nebeneinander, wozu denn noch zahlreiche andere Gesetze kommen, die mannigfache Verpflichtungen und Bindungen der Kommunen enthalten — ist nicht Sache der einzelnen Stadt- und Gemeindeverwaltungen, sondern Sache des Staates. Aber das bedeutet nicht, daß die Gemeinden machtlos dastünden. Sie haben die Möglichkeit, die sie angehenden Bestimmungen zu erörtern und wegen ihrer Abänderung in diesem oder jenem Sinne vorstellig zu werden; in vielen Fällen lassen ihnen die bestehenden Gesetze auch einen gewissen Spielraum, und sie haben das Recht, Einzelheiten selbständig zu ordnen.

Hier ergibt sich für die jetzt zu wählenden Stadtverordneten ein Feld reich und dringender Betätigung. Sie haben die Pflicht, dafür zu sorgen, daß ihnen so rasch wie möglich wirkliche Freiheit gewährt wird, zum Wohl der Stadt und nach dem Willen der Gemeinde zu wirken.

Das heißt vor allen Dingen: Beilegung des staatlichen Bevormundungsrechtes. Die Tätigkeit der Gemeindeverwaltungen muß endlich wirklich Selbstverwaltung bedeuten. Den staatlichen Behörden muß ein gewisses Aufsichtsrecht darüber bleiben, daß die Gemeindefürsorge sich im Rahmen der allgemeinen Gesetze vollzieht; auch dieses Recht mit der Einschränkung, daß die Gemeindeverwaltung, die sich zu unrecht behindert erlaubt, die Möglichkeit behält, an einen unparteiischen Schiedsgerichtshof zu appellieren. Das alte Einspruchsrecht hat zu fallen. Die Gemeinden müssen volle Freiheit haben, ihre eigenen Angelegenheiten nach Gutdünken zu erledigen, sich Vollzugsorgane zu wählen, wie sie sie für auf halten; jedes Genehmigungs- und Bestätigungsrecht der staatlichen Organe ist da vom Uebel.

Am alten Staat war es das Bestreben der Machthaber, die gemeindliche Selbstverwaltung immer mehr zu knebeln. Ueberall glaubten die Herren von der Regierung ihre Nase hineinstecken zu müssen. Da wurde Sozialdemokraten, die in ein Ehrenamt gewählt wurden, die Bestätigung verweigert, da stockte oft jeder wirtschaftliche Ausschuss, weil die Organe der staatlichen Bürokratie den Ausschuss der Städte mit scheelen Augen anstarrten und alles durchkreuzten, was ihn fördern konnte. Dem muß ein für allemal ein Ritzel vorgehoben werden. Keiner soll dreinzureden haben, wenn eine nach den Grundätzen der Demokratie gewählte Stadtverordnetenversammlung entscheidende Beschlüsse im Rahmen der Gesetze faßt.

Die Stadtverordnetenkollegien sollen stets den Willen der Mehrheit der Bevölkerung wahren. Dazu genügt ein gerechtes, demokratisches Wahlrecht allein noch nicht. Es muß auch Vorkorge getroffen werden, daß ein Umwidmung in der Stimmung der Bevölkerung immer möglichst rasch in der Vertretung der Gemeinde zum Ausdruck kommt. Das bedeutet: möglichst kurze Wahlperioden. Bis hierher ist von der Regierung nicht bestimmt, für welche Zeit die jetzt

Die Internationale Konferenz.

Internationaler Arbeiterschuh.

Bern, 8. Februar. In der gestrigen Nachmittags-Sitzung bringt im Auftrage der Kommission Henderson eine Resolution über internationale Arbeiterschuh-Gesetzgebung ein, in der es an den wichtigsten Stellen heißt, daß die kapitalistische Klasse durch Ausbeutung der Lohnarbeiter ihr Einkommen erhöhe und die Kraft der Arbeiter damit schwäche. Dieses Streben des Kapitalismus könne durch Aufhebung der kapitalistischen Produktion verhindert werden. Zudem müsse ein Ausgleich der Unterschiede des nationalen Arbeiterschuhes durch ein internationales Gesetz gegeben werden. Der internationale Sozialistenkongress verlangt, daß die Gesellschaft der Nationen die Schaffung und Durchführung eines internationalen Arbeiterschuhes zu ihrer Aufgabe macht. Der Kongress fordert u. a.:

1. Kindern unter 15 Jahren ist jede Erwerbstätigkeit zu verbieten.
2. Jugendliche im Alter von 15 bis 18 Jahren dürfen nicht länger als 8 Stunden beschäftigt werden.
3. Die Arbeitszeit der Arbeiterinnen darf am Sonnabend 4 Stunden nicht überschreiten. Beschäftigung von Arbeiterinnen während der Nacht ist verboten. Einführung der Mutterschutzversicherung ist mit einer Mindestentschädigung in Höhe des gesetzlichen Krankengeldes in allen Staaten zur Pflicht zu machen. Für gleiche Arbeitszeit ist Frauen der gleiche Lohn wie Männern zu gewähren.
4. Die Arbeitszeit darf für Arbeiter 8 Stunden täglich oder 48 Stunden wöchentlich nicht überschreiten. Nacharbeit zwischen 8 Uhr abends und 6 Uhr früh ist gesetzlich verboten. Für alle Betriebe, die nicht ihrer Art nach oder aus technischen Gründen auf Nacharbeit angewiesen sind. Der freie Samstag-Nachmittag ist in allen Ländern anzuführen.
5. Den Arbeitern ist generell wöchentlich eine zusammenhängende Ruhepause von mindestens 30 Stunden zu gewährleisten.
6. Zum Schutz der Gesundheit und zur Verhütung von Unfällen ist die Arbeitsdauer in gesundheitsgefährlichen Betrieben je nach dem Grade der Gefahr auf weniger als 8 Stunden festzusetzen.
7. Alle Gesetze und Regelungen auf dem Gebiete des Arbeiterschuhes sind sinngemäß auf die Heimarbeit-Industrie anzuwenden. Den Arbeitern ist in allen Ländern ein freies Koalitionsrecht zu gewähren.
8. Gesetze und Verordnungen (Bestimmungen, Koalitionsverbot), welche einzelne Arbeitergruppen in eine Ausnahmestellung gegenüber anderen bringen, oder ihnen das Recht der Koalition und die Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen ufm. und das Mitbestimmungsrecht bei der Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen vorenthalten, sind unzulässig und zu beseitigen.
9. Es ist eine Verordnung gegen Arbeitslosigkeit zu schaffen. Die Arbeiter sind von Staatswegen gegen Berufsunfälle zu versichern. Der Erlaß von Auswanderungsverboten ist unzulässig, der Erlaß genereller Einwanderungsverbote ebenso. Die Resolution wird einstimmig angenommen.

Die territorialen Fragen.

In der Frühungsjung Duds aus (Belgien) die Einsetzung einer Kommission, bestehend aus Henderson, Branting, Guy, man's und je zwei Delegierten aus allen Ländern vor, deren Aufgabe es sei, den größtmöglichen Einfluß auf Paris auszuüben, die Ausführung der Beschlüsse der gegenwärtigen Konferenz zu ermöglichen und die Vorbereitungen zu treffen für einen im Juli oder August 1919 stattfindenden internationalen Kongress.

Derzeit (Frankreich) verlangt Abweichung von der Resolution, mit den kategorischen Parteien zusammen zu arbeiten. Ziel der Internationale müsse bleiben, die Mittel der Produktion in die Hände der arbeitenden Massen zu bringen, wenn nötig, sogar mit der Diktatur des Proletariats.

In der Nachmittags-Sitzung erhaltete Mistrat über die aus der Kommission über

territoriale Fragen

herorgegangene Endresolution Bericht, die nur die allgemeinen Grundzüge über die Regelung territorialer Fragen feststellt und von der Behandlung konkreter Einzelfragen absteht.

Grumbach (Elsass) hat die deutschen Reichstagsdelegierten um Aufklärung über die von dem Präsidenten der Nationalversammlung in Weimar Dr. David abgegebene Erklärung: „Elsass-Lothringen ist für das Leben Deutschlands notwendig, und wir werden nicht aufhören, für Elsass-Lothringen das Recht der Selbstbestimmung zu fordern.“ (Trotzdem Holland ruft: Das ist doch selbstverständlich. Große Unruhe.) Die Erklärung Dr. Davids kann bedeuten, Elsass-Lothringen solle sein Selbstbestimmungsrecht haben im Rahmen Deutschlands. Diese Auffassung widerspricht der Haltung der deutschen Reichstagsdelegierten auf der Berner Konferenz, aus der man den Schluß ziehen möchte, daß die elsass-lothringische Frage im moralischen Sinne gelöst sei, selbst wenn die Abstimmung noch nicht vollzogen ist, und daß die elsass-lothringische Frage aus dem Rahmen der internationalen Konflikte endgültig ausgeschaltet werden solle.

Ritter (Deutschland) erklärte, er könne nicht feststellen, was Dr. David wirklich gesagt hat, verwies aber darauf, daß die Nationalversammlung in Weimar bereits zweimal abgelehnt worden sei, und daß nach seiner persönlichen Meinung diesem Verlangen unter keinen Umständen Rechnung getragen werden könne. Dr. David habe nach dem ihm vorliegenden Bericht erklärt, Elsass-Lothringen gehöre bis zur Stunde noch zum Deutschen Reich, womit er nur sagen wolle, daß das Land heute bloß de facto durch die Gewalt der Waffen zu Frankreich gefallen sei, daß aber die endgültige Entscheidung erst auf der Friedenskonferenz falle. Das von Dr. David geforderte Recht der Selbstbestimmung für Elsass-Lothringen liege im politischen Interesse der deutschen und der französischen Sozialisten, weil nur dadurch eine deutsche Revolutionsbewegung verhindert werden könne, wie sie in Frankreich von 1871 bis 1914 herrschte habe.

Kautsky glaubt, daß es sich bei der Rede Dr. Davids um eine unzulässige Propaganda gehandelt habe, die von den Unabhängigen um so mehr bedauert werde, als Dr. David während des ganzen Krieges die schlimmsten Angriffe gegen die Entente-Staatsmänner gerichtet habe und heute zum Präsidenten der Nationalversammlung gewählt worden sei. (Französische Delegierte: Sehr richtig!) Daraus gehe hervor, daß die Wahl Dr. Davids sehr unglücklich sei.

Renaudel bemerkte: Lediglich diese Erklärung Kautskys kann und befriedigen.

Bergsjöer (Dänemark) erklärte, die deutsche und die dänische Delegation hätten sich in Abänderung der früher eingebrachten Resolution dahin geeinigt, daß die Abstimmung in Flensburg bereits erfolgen könne, wenn ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung dies verlange. Die aus Flensburg vorliegenden Petitionen seien bereits genügend, um eine Abstimmung durchzuführen.

Renaudel lenkte sodann die Aufmerksamkeit auf die deutschen Kolonien. Das deutsche Volk habe sein Kolonialrecht nötig, und insoweit müsse nach dieser Richtung auf die Pariser Konferenz Einfluß ausgeübt werden.

Nachdem hierauf alle Anträge zu der Resolution über die territorialen Fragen zurückgezogen wurden, wurde die Endresolution einstimmig angenommen. Alle übrigen Anträge gehen zur Weiterberatung an die permanente Kommission der Konferenz.

Weiss (Deutschland) erbot die Unterstützung des Kongresses für die schnelle Rückkehr der deutschen Gefangenen in Frankreich. Der Gehalte moderner Sklaverei müsse in den Kreisen der Arbeiter aller Länder Erbitterung und Erregung hervorrufen.

Eisner (Deutschland) brachte eine von ihm und Renaudel unterzeichnete Resolution zur Kriegsgefangenenfrage ein, die Verbesserung der Lage in den Lagern und sofortigen Heimtransport der kranken und verwundeten Gefangenen fordere und sich gegen den Zwang der Kriegsarbeit wende. Eisner sprach den Deutschen das Recht ab, in der Kriegsgefangenenfrage einen Protest zu erheben, da sie keinen Protest gegen die Deportation aus Frankreich und Belgien erhoben hätten. Durch einen Aufruf an die deutschen Arbeiter sollte eine freiwillige Hilfeleistung zum Wiederaufbau veranlaßt werden.

Die Versammlung brachte Eisner eine Oulbildung dar, an der sich auch die Franzosen beteiligten.

Politische Spionage in der neuen Armee.

Immer wieder wird berichtet, die „Freiwilligenkorps“ seien ganz unpolitisch. Sie enthielten sich jeder politischen Stellungnahme und Tätigkeit und es sei schon deshalb unmöglich, daß sie je eine politische Macht oder gar reaktionäre Gefahr bilden könnten.

Genau das Gegenteil ist wahr. Die Mannschaften der Freiwilligenkorps werden nicht nur politisch bearbeitet, sie werden sogar politisch überwachet. In dem Divisionsbefehl der Garde-Kavallerie-Schützen-Division vom 3. Februar heißt es unter Nummer 2:

„Zur Wahrung des hohen, weltlich bekannten Rufes der Division und ihrer Freiwilligen, sowie zur reiblichen Erfüllung der Aufgaben muß dauernd ein reichlicher Zustuß von guten Freiwilligen stattfinden.“

Es muß damit gerechnet werden, daß unsere Gegner ihre Angehörigen in unsere Truppenteile einzuschmuggeln suchen, um deren guten Geist zu untergraben. In Zukunft sind sämtliche Papiere aller Freiwilligen abzustempeln.

Durch geeignete Persönlichkeiten muß Anfangs jeder Freiwillige eingehend geprüft werden. Bei der Division werden namentliche Kontrollisten geführt, die mit denen des Generalkommandos Lümburg und anderer Divisionen verfaßt werden.“

zu wählenden Stadtverordnetenkollegen ihr Amt führen sollen. Man wird dahin dringen, müssen, daß sie keinesfalls länger als drei Jahre tätig sein dürfen. Natürlich soll jeder Stadtverordnete nach dieser Zeit wiedergewählt werden dürfen, wenn er das Vertrauen der Wähler weiter besitzt.

In wichtigen Fragen wird der Bevölkerung auch das Recht zu geben sein, unmittelbar ihrer Meinung über ein Gesetz Ausdruck zu verleihen. Gerade so, wie wir für das Reich unter gewissen Voraussetzungen die Vornahme von Volksabstimmungen über einschneidende Gesetzentwürfe fordern, müssen wir auch den Gemeindegewählern unter bestimmten Voraussetzungen die Möglichkeit sichern, ausdrücklich in all gemeiner Abstimmung kundzutun, wie sie über einen Plan der verantwortlichen Körperschaften denken. Das wird das Interesse der Bevölkerung an der Gemeindepolitik beleben und die Weiter dieser Politik unter eine gesunde Kontrolle stellen.

Die Stadtverordnetenversammlung braucht für ihre Beschlüsse und Anordnungen vollziehende Organe. So gut, wie die Reichs- und Staatsparlamentarische Ministerien benötigen, muß die Stadtverordnetenversammlung Organe besitzen, die mit ihr und für sie die Verwaltung der Gemeinde leiten. Der Magistrat, der heute in den meisten preussischen Gemeinden neben und über der Stadtverordnetenversammlung steht, erfüllt die Voraussetzungen dafür aber nur in sehr beschränktem Maße. Er ist entsprechend umzugestalten, wobei es immer noch auf die besonderen Bedürfnisse einer gemeindlichen Verwaltung Rücksicht genommen werden kann. Dahin muß aber jedenfalls die Umgestaltung streben, daß die Wahlperioden auch der Magistratsmitglieder kürzer bemessen sind als heute, daß die Magistratsämter in höherem Maße als jetzt allen zugänglich werden, und daß die Verufenen gehalten sind, ihre Geschäfte durchaus nach dem Willen der Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung zu führen.

Für einen Magistrat, der eine zweite beschließende Körperschaft neben der Stadtverordnetenversammlung bildet, sollte in der künftigen Gemeindeverfassung kein Platz mehr sein. Heute ist es in der Regel so, daß ein Beschluss der Stadtverordneten, der nicht auch die Billigung des Magistratskollegiums findet, völlig unwirksam bleibt. Dies „Zweikommissensystem“ entbehrt jeder Berechtigung.

Etwas anderes ist es, wenn den Arbeiterräten in der Amtigen Gemeindeverfassung neben der Stadtverordnetenversammlung eine Stelle gewährt werden soll. Daß zu ihren Gunsten die Demokratie aufgehoben werden soll, werden sie nicht verlangen können, auch wenn man ihre Bedeutung als Verförperung des proletarischen Willens sehr hoch einschätzen gewillt ist und daß, was sie in der revolutionären Uebergangsperiode geleistet haben, wohl zu würdigen weiß. Indessen auch bei Durchführung der Demokratie kann ihnen die Möglichkeit und Gelegenheit zu entscheidendem Eingreifen in solchen Fragen, die das Proletariat besonders angehen, gegeben werden. Sie können neben der eigentlichen Gemeindevertretung bestehen bleiben, um sie zu beraten und Anregungen an sie gelangen zu lassen; und außerdem können sie das Recht erhalten, bei wichtigen Beschlüssen der Stadtverordneten, die ihnen mit den Interessen des arbeitenden Volkes im Widerspruch zu stehen scheinen, Einspruch zu erheben mit dem Erfolg, daß vor Inkrafttreten jener Beschlüsse die Bevölkerung befragt, also eine gemeindliche Volksabstimmung vorgenommen werden muß, die endgültig zu entscheiden hat.

Das sind einige Andeutungen darüber, wie die Gemeindeverfassung der Zukunft gestaltet werden könnte und gestaltet werden müßte. Natürlich sind im einzelnen noch mannigfache Modifikationen möglich und ist mit dem hier kurz Skizzierten noch lange nicht alles gesagt.

Wie die rechtlichen Grundlagen für die künftige Gemeindepolitik aussehen werden, wird nicht zuletzt abhängen von dem Wahlausfall am 28. Februar. Nur wenn die Wahlen überall für eine ausschlaggebende Vertretung entschieden sozialistischer, vom Geist der Revolution, von echtem Befreiungswillen befeuert Politik schafft, ist mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß die Kommunalverwaltungen sich eine Grundlage ihrer Wirksamkeit schaffen, wie sie nötig ist, um eine gedeihliche Arbeit zu ermöglichen. Nur dann ist aber auch Gewähr dafür gegeben, daß auf dieser Grundlage eine geistliche, vorwärtsführende Tätigkeit geleistet wird! Und deshalb hoffen wir, daß sich die Wahlen zu einer entscheidenden Grundgebung der Massen für die Unabhängige Sozialdemokratie gestalten werden!

Ein Mittag in Bremen.

Von Emil Ludwig.

30. November. Nießiger Nebel hängt an den Profilen, in Fenstern und Kuppeln, Bogen und Türen der edlen Bauten, die den Pomplatz begrenzen. Die See schickt Wetterboten, es ist warm, es regnet ganz leise, sie nennen es dießig. Zehntausend Menschen bilden eine schweißige Masse, die sich auf dem hofartigen alten Platz durcheinander schiebt. Sie sind von draußen hereingezogen, von Werben und Reden, Männer und viele Frauen, auch Kinder drängen dazwischen, sie suchen, sie warten, sie wollen. Sie suchen den Führer, der ihre Stimme erheben, sie warten auf die Stimme, die ihr Wollen lassen soll.

Auf dem heinenen Balkon erscheint ein bartlos blonder Mensch, nicht groß, nicht auffallend, denn sein brennender Blick ist von unten nicht zu fassen. Aber seine Stimme atmet die Seele über die Menge hin, und seltsam wie in den Legenden des Mittelalters ist die Wirkung dieser Stimme. Es ist ein Lehrer, der jetzt die Kommunisten führt, ein Lehrer aus der Volkshaus. Anief heißt er, und er ist es, der die Menge losläßt und bündigt. Mit beinahe pastoralem Tone, aber fern aller Uebertreibung, schließt er, daß, beinahe läßt, prägt er der Menge ein, was sie will. Manche rufen dazwischen, viele schweigen, andere stimmen ihm zu. Nun fordert er sie auf, sechs Leute ins Rathaus zu schicken, das seinem Balkon gegenüber steht, im Rücken der Menge; damit der A. und S. Rat, der drinnen tagt, ihre Forderungen annähme. Männer und Frauen, sechs, fliegen mit ihm, der unter sie getreten war, die fallenden Treppen hinauf.

Trinnen herrscht Verlegenheit, Henke, der Führer der Mehrheit, Abgeordneter, großer Kopf, langer Schnurrbart, breite Miene, schwer und doch geschickt, vorzüglich, besangene, mißtrauisch, nicht sonderlich mutig, lenkt eine zerfahrenen Debatte, in der man zwischen theoretischen Klippen fährt, immer in Furcht aufzulösen. Wie sie übertreten, die Gemetschastler mit dem angegrauten Schnurrbart, wie sie dagegen schreien, die jungen Leute, die höhere Bildung wollen. Das Wichtigste kommt zu kurz — Frage der Waffnung und Entwaffnung —, sechs Marx oder 6,50 Marx ist die

Vosung, und während zehntausend Anzustiedene draußen pochen, berichtet drinnen einer über die Einquartierungsfrage.

Es war nicht allzu sanft, daß schließlich die Abordnung von unten vordrang, nachdem sie eine Weile wie Witzkeller an der Türe gewartet hatte. Feuer fladert in den Augen einer hageren Arbeiterin, Groß murret in der Stimme eines jungen Menschen in der Bluse. Anief, mit seiner überlegen stillen Stimme, die er jetzt zur Kammermusik dämpft, hält die Forderungen selbst zurück. Die drehen die Mähe in den Händen wie Schächer. Sie lieben ihn kaum, den Führer, aber etwas sagt ihnen, daß es klug ist, ihm zu folgen. Mit unerwarteter Stille bringt er in Henke, sich rasch zu entscheiden: „Seht einen Kommunisten in die Zeitung der Bürgerzeitung! Entwaffnet die Bürger! Entwaffnet die Arbeiter!“ Und ein paar Forderungen weniger wichtiger Natur. Der Vorsitzende — wer ihn dugt — gibt sich überworfen, will die Mähe zur Abrechnung der Fragen überreden; dazu brauche man Zeit. Er wird rot, fährt mit den Händen herum, möchte heraus aus dieser peirischen Lage. Die Mähe rufen ihn Beifall. Wieder steht Aniefs eindringlich Klangvolle Stimme: sie hätten sich drei Wochen überlegt, jeder möchte, wofür können könnte, draußen warteten Zehntausend, die von den Werben hereingekommen, die heute freiwillig arbeitslos sind; die begehrten schlüssige Antwort. Die Mähe gaudern.

Der andere versucht es nun mit Empörung, schlägt auf den Tisch; er lasse sich nicht zwingen, nicht er habe die Leute hergelockt, man fordere Zeit und Abzug. Da brechen die Abgesandten vor, umringen den Tisch, die Mähe sind ausgesprochen, alles ruft durcheinander. Henke hat den erhörten Eib, das dröhnende Organ, die starke Geste, die innere Mut, sogar die sinnfälligeren Gründe — und doch sagt Anief, mit eindringlich milder Stimme, mit leise drohendem Finger, mit Kühle außen, weil er die innere Flamme trägt, nur deshalb, Abstimmung ergibt Mehrheit für heutige Entscheidung. Doch — die Aussprache wird drei Stunden dauern.

Indessen hat draußen die Menge, im leisen Regen wartend, sich dumpf aneinander getrieben. Einmal ist einer auf die alte Rolandssäule geklettert und hat, an das Schwert des Wächters gelehnt, die Leute aufgerufen. Jetzt zeigen alle hinauf ins erste Geschoh des Rathauses. Dort drän-

gen sich auf einer Wendeltreppe die Abgesandten und ein paar Freunde zum Fenster, und wie der blonde Führer erschein, werden die Tausende ruhig und bleibend, als er ihnen eröffnet, drei Stunden müßten sie warten. Seid ganz still! Macht keinen Lärm! Wer fort will, mag gehen! Seid ganz ruhig! Wie ein Arzt, wie ein Doktor in igt Hypnose. Und geht wieder hinein.

Nach einer Weile ruft einer draußen, Henke soll kommen. In drei Minuten ruft der Platz: Henke! Als er aus Fenster kommt, schreien sie ihm zu, von unten. Der Gegner muß ihm Recht lassen. Wie er dann spricht, gewinnt er niemand. Ihm bewilligen sie nicht die Gehuld, die ihr Führer nur zu fordern brauchte.

Nachmittags verläßt sich die Menge, auf den Bittbefehl ihres Führers hin, denn die Debatte drinnen will nicht enden. Abends beschließt man endlich, was gefordert war: Entwaffnung, Bewaffnung.

Zwei Monate herrschte Friede in der Stadt. Nun hat die Regierung gekloffen.

Kunstkalender.

Ludwig Hardt (sprich) Mittwoch, 12. Februar, 8 Uhr, Berliner Exzeption, Aufstufendamm 232, zum letzten Mal seine: Zeitgedichte, Deutschland, Romanero, Hebräische Melodien, Letzte Gedichte.

„Die fünf Frankfurter“, Carl Köhlers erfolgreiches Lustspiel, ist in den Spielplan des Komödientheaters aufgenommen worden und gelangt daselbst am kommenden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend zur Darstellung.

3 Theater i. d. Adnigggäßer Straße gelangt nach längerer Pause August Stindbergs Drama „Totentanz“ am kommenden Freitag mit Irene Trisch, Ludwig Hartau und Paul Otto zur Auf-führung.

Sturmabend. Am Mittwoch, den 12. Februar, trägt Rudolf Büchner expressionistische Dichtungen von August Stramm, Adolf Klumpp, Rudi Heynke und Volgar Schreyer vor. Herwarth Walden hält einen einleitenden Vortrag: „Das Ungewöhnliche in der Dichtung.“

Was bedeutet nichts anderes als ein ausgebrütetes politisches Ueberwachungs-system. Und nach welchen Gesichtspunkten die hochendeten Herren der Garde-Kavallerie sich ihre Leute auswählen, das kann man sich denken.

Dies wird also ein Heer zusammengeworben nach den politischen Gesichtspunkten der alten Offiziere Wilhelms und Rudendorfs. Ein politisch geleitetes, unsozialistisches, antirevolutionäres Heer, das ist die militärische „Errungenschaft“ der Revolution unter Ebert-Roske-Scheidemann.

Die Einigung.

Der „Vorwärts“ beschäftigt sich in längeren Ausführungen mit unserem Artikel über die Einigung. Was er sachlich gegen die vorgeschlagene Einordnung des Räte-systems in die Verfassung zu sagen hat, wiederholt nur die Ausführungen, die Breitfeld in der Morgennummer widerlegt hat.

Aber der „Vorwärts“ kommt auch auf die Frage der Ursache der Spaltung zu sprechen, das hätte er besser unterlassen. Denn damit erinnert er an die schwerste Sünde der mehrheitssozialistischen Führung. Wenn es in Frankreich und Oesterreich nicht zur Spaltung gekommen ist, so lag das vor allem an der klügeren und anständigeren Führung der Mehrheit in diesen Ländern, die die nötige Toleranz geübt und alles Gewalttätige vermieden hat. Umgekehrt haben wenigstens der größere Teil der rechtssozialistischen Führer und insbesondere die führenden Gewerkschaftsbeamten geradezu gesucht, die günstige Gelegenheit der nationalpolitischen Verwirrung zu benutzen, um die linksstehenden Parteigenossen an die Wand zu drücken, mundtot zu machen und aus der Partei zu drängen. Nicht nur ihre allgemeine Politik, sondern die Art ihrer inneren Parteipolitik zwang unsere Genossen zum Austritt und sollte sie dazu zwingen. Und seit dem 9. November ist es wieder die Politik der rechtssozialistischen Führer, die die Einigung so unannehmbar erschwert. Die Genossen der heutigen U. S. V. D. haben nie diese Spaltung gewollt und sie nie gesucht, es ist die Politik ihrer Parteigenossen gewesen, die ihnen keinen anderen Ausweg gelassen hat.

Es wird weiter „beruhigt“.

Der „Beruhigungs“-Zeldzug der Koskagarden nimmt seinen Fortgang. Wolff meldet neue Siege:

Erfurt, 9. Februar. In der Nacht zum Sonntag sind die Regierungstruppen eingelangt, die die Jägerkaserne bezogen haben. Seit heute früh sind die öffentlichen und andere wichtige Gebäude und der Bahnhof von Regierungstruppen besetzt. In der Stadt ist nach wie vor alles ruhig.

Bremen, 9. Februar. Der Bahnhof von Geseckmünde wurde um Mitternacht ohne Widerstand besetzt. Um 7 Uhr früh rückten die Truppen ein. Mit ihnen zusammen arbeitete die 8. Matrosenartillerie und sperrte die Stadt gegen Norden ab. Von Bremen aus war das Minensuchboot „M. 120“ abgefahren. Die Marinebrigade legte sich vor die große Kanalkäse, um ein Abfahren der dort liegenden Minensucher zu verhindern. Es wurden von letzteren etwa 100 Mannschaften festgesetzt, später aber wieder entlassen. Es herrscht vollständige Ruhe.

Berlin, 9. Februar. Bremerhaven ist kampflös besetzt worden. Ruhe und Ordnung werden hergestellt. — Aus Thüringen sind keine neuen Nachrichten zu geben. Ueberall herrscht Ruhe.

Diese Berichte erwecken den Eindruck, als ob in den genannten Städten die wilden Unruhen geherrscht hätten und als ob überall Koske-Soldaten „Ruhe und Ordnung“ hätten wiederherstellen müssen.

Das ist in allen Fällen gelogen. Die Koskischen Garden bringen, wohin sie kommen, nicht Ruhe und Ordnung, sondern Unruhe, Erbitterung und Blutvergießen. In Erfurt, Geseckmünde, Bremerhaven und, das sei besonders betont, auch in Bremen war vor ihrem Einmarsch alles vollkommen ruhig und friedlich. Das bestätigen und sogar bürgerliche Kreise erst mit dem Erscheinen der Koske-Truppen sehen dann die Unruhen, Kämpfe, Gewalttätigkeiten, Plünderungen usw. ein.

Die anderslautenden Darstellungen sind eine freche Geschichtsfälschung und beweisen nichts als das schlechte Gewissen der Gewaltregierung.

Holsdam in Weimar.

Aus einem Stimmungsbild des „Berliner Tageblatts“: „Menschenmengen stürmen durch die sonst so stillen Straßen Weimars. Vor dem Nationaltheater, vor dem Goethe-Schiller-Denkmal Rietzschels staut sich die Menge. Berliner Schulkinder bilden eine Sperrkette. Das Landjägerkorps marschiert in Krammern Schritt auf. General Kerfer geht die Front ab. Andere Offiziere gesellen sich zu, darunter der Kriegeminister Reinhardt. Ein interessanter militärischer Schauspiel. Stahlhelme und Karabiner geben das Gepräge.“

Beleidigte Offiziere.

Ein furchtbares Unglück wäre beinahe über Schlesien und ganz Deutschland hereingebrochen: Der Chef des Westlauer Generalkommandos, Herr Oberstleutnant v. d. Hagen, mit seinem ganzen Offiziers-Staff hätte beinahe — nein, er hat tatsächlich 8 Stunden lang gestreift. Weshalb? Weil der Obmann des Soldatenrats beim Generalkommando die unerhörte Tatklosigkeit beging, die dort beschäftigten Offiziere durch einen Unteroffizier in bezug auf ihre Pünktlichkeit kontrollieren zu lassen. Wolf sagt dann wörtlich:

Diese Maßnahme des Obmanns erziehen dem Generalstab als ein so unerhörter Eingriff in die persönliche Freiheit der Offiziere, daß als unmittelbare Genugtuung zum mindesten die sofortige Entlassung des Obmanns gefordert werden müsse.“

Der Zentralsoldatenrat gebot diesem Befehle nicht sofort — darauf verließen eine Anzahl der Offiziere unter Leitung der Kasse und einer Menge Geheimkrieger demonstrativ das Gebäude.“

Und nun wächst der Volkszorn in tragischer Größe: „Die Situation hatte sich, statt Mäßigung zu schaffen, aufs Äußerste verschärft. Die Soldatenräte lehnten ihrerseits die Verantwortung für alle möglichen Folgen ab. Man war sich der ungeheuren Tragweite etwaiger als notwendig sich erweisender Beschlüsse bewußt.“

Man beruft eine Nachprüfung. Zentral und Garnisonsoldatenrat, Volksrat, Generalkommando, Vertreter des A. O. R. Süd-

der Oberbürgermeister und der Regierungspräsident treten nächstermorgen zusammen (nur der Kaiser fehlt noch) — und (Gott sei Dank!) man einigt sich.

Und über diese Krähwinkelgeschichte telegraphiert das Wolfsbureau einen Kilometerlangen Bericht in die Welt und sagt zum Schluß:

„Wir hoffen, daß das durch diesen bedauerlichen Zwischenfall entstandene Mißtrauen möglichst schnell überwunden wird zum Wohle Schlesiens und in weiterer Linie des ganzen Landes.“

Wir hoffen unsererseits, daß man auf den Schwanz getretene Offiziere, die mit Streik drohen — ruhig streifen läßt und andere Leute an ihre Stelle setzt.

Proteste gegen die neue Heeresordnung.

Aus Königsberg wird uns geschrieben:

Auch in Ostpreußen hat die neue Heeresordnung in den Kreisen der Arbeiter und Soldaten große Erregung und scharfsten Widerspruch hervorgerufen. In Allenstein und Königsberg fanden zum Protest Demonstrationen statt. Bei dem Massendemonstrationszug in Königsberg am 2. Februar war die Beteiligung der Soldaten besonders groß. Im Zuge wurden eine größere Anzahl von Karteln mitgeführt, deren Aufschriften sich gegen die Wiedereinführung des alten Militärsystems und die Entrechtung der A- und S-Räte durch die Roske-Ebert-Scheidemann, als den Schülern der Offizierskaste, richteten. An dem Marsch nahmen ca. 12.000 Personen teil. Im Anschluß an den Demonstrationsumzug fanden Versammlungen unter freiem Himmel statt, von welchen eine Resolution angenommen wurde die die neue Heeresordnung als rechtswiderlich und revolutionärschuldig bekämpft und ihre unverzügliche Aufhebung fordert.

Die Minister Ernst und Hirsch beiseite in den letzten Tagen Ostpreußen und haben hier versucht, die bisherige Arbeit der A- und S-Räte herabzusetzen und ihre fernere Tätigkeit im Sinne der neuen Heeresordnung zu lähmen. In Allenstein haben sie sich dabei, wie uns von dem dortigen Vertreter mitgeteilt wird, eine gründliche Abfuhr geholt und mußten, ohne ihren Zweck erreicht zu haben, wieder abziehen.

Wie es im Reichstag zugeht.

Uns wird hierzu weiter geschrieben: Zur Vervollständigung und Befestigung der bereits gemeldeten, von den Koskischen „Ordnungstruppen“ im Reichstag verübten Verwüstungen und Diebstählen sei noch folgendes zu bemerken:

Nicht vor, sondern nach dem Einzug der „republikanischen Schutztruppe“ im Reichstag ist u. a. besonders auch das im Obergeschloß gelegene Zimmer des Fraktions-Sekretariats der Unabhängigen Sozialdemokraten der Schaulplatz militärischen Ordnungsbüros gemorden. Nicht allein, daß das dort verwahrte wertvolle Archiv und die Registratur zum Teil beraubt oder fortgeschleppt und der Rest in einen wüsten Papierhaufen verwandelt wurde, sind auch hier die Schränke mit roher Gewalt zertrümmert und zerbrochen worden. Alles, was den Räubern mitnehmenswert erschien, wurde gestohlen. Darunter befinden sich ein Lederkoffer mit einer Schreibmaschine, Kleidungsstücke, Bücher, Bureauutensilien, Zigarren und ähnliche Dinge. Die verübte Entsetzung einzelner anderer Sachen durch Reichstagsbeamte wurde von den Soldaten mit Androhung von Waffengewalt verhindert.

Auch hier handelt es sich also um einen frechen Schwindel, wenn die „Vertrauensleute der republikanischen Schutztruppe“ es wagen, die Schuld des beteiligten Räuberheeres auf der Koske-Garde anderen in die Schuhe schieben zu wollen!

Weshalb man verhaftet wird.

Aus einer dienstlichen Meldung: „Gewachsmeister Boerter von der 2. Offiz.-Komp. Regiment Reinhardt nahm ein gewisses Fräulein Eise W. wegen starken Verdachtes, Mitglied des Spartakusbundes zu sein, was durch eine Mitgliedskarte bewiesen wird, fest. Fräulein W. sagt aus, bei der U. S. V. D. als Rednerin eingetragen zu sein. Weitere Feststellungen konnte ich vorläufig nicht machen.“

Eine Mitgliedskarte des Spartakusbundes oder Zugehörigkeit zur U. S. V. D. — das also „genügt“ um einen der Willkür eines beliebigen Wachtmeisters auszuliefern. Freiheitsberaubung wegen Parteizugehörigkeit — das hat es nicht einmal unter dem Sozialistengesetz gegeben. Das blieb dem „Arbeiter“ Roske vorbehalten.

Ein entlarvter Schwindel.

Der A. u. S.-Rat Königsberg teilt uns mit, daß er am 6. Februar von der Reichsregierung folgendes Telegramm erhalten habe:

Nach hier gewordenen Mitteilungen sollen Anhänger des Spartakusbundes die öffentliche Macht dort mit Gewalt an sich gerissen haben. Ersuchen um schleunigsten Bericht, ob das richtig ist und welche Maßnahmen A. u. S.-Rat getroffen hat, um die Freiheit und die Rechte der dortigen Bevölkerung sicherzustellen. Reichsregierung Ebert, Weimar.

Selbstverständlich berichtete auch der Vorwärts in Nr. 62. vom 8. Februar, über einen Spartakusputsch in Königsberg, da ja diese Stimmungsmache zu seiner wichtigsten Aufgabe gehört.

Alle diese Nachrichten sind vollständig frei erfunden. Es ist absolut nichts vorgekommen, was Anlaß zu derartigen Gerüchten geben könnte; es ist daher klar, daß die Tatarennachrichten nur zu dem Zweck erfunden worden sind, um die Regierung unsicher zu machen, und sie auf der einmal betretenen Bahn, die militärische Macht zu stärken, vorwärts zu treiben.

Politische Nachrichten.

Der ehemalige Reichskanzler v. Bethmann Hollweg erklärt sich in einem Schreiben an den Chefredakteur der „Kreuz-Ztg.“ bereit, sich einem unparteiischen Staatsgerichtshof zu stellen, dem von beiden Seiten alles Material über die deutsche Politik zur Verfügung gestellt werden soll. „Selbstverständlich“ — schließt er — nehme ich dabei in Anspruch, daß meine staatsrechtliche Verantwortlichkeit für die politischen Handlungen des Kaisers auch von einem neutralen Staatsgerichtshof zur Grundlage seiner Entscheidung gemacht wird.“

Wer sind die Gegner des Achtstundentages? In unserer Mitteilung unter dieser Überschrift schreibt uns der Minister der öffentlichen Arbeiten, daß auch er die Beobachtung des Achtstundentages in den Eisenbahnverhältnissen in Cpladen dringend gefordert habe und daß er das Vorhaben der Arbeiter, nach Trier zu fahren, um die Beobachtung des Achtstundentages zu erzwingen, in jeder Beziehung billige.

Aus der Partei.

Wie uns aus Königsberg geschrieben wird, macht dort die Bewegung der U. S. V. D. erfreuliche Fortschritte. Seit dem 1. Februar ist es unseren Parteigenossen gelungen, ein eigenes Blatt in Königsberg zu gründen. Mit Hilfe dieser Waffe wird es uns zweifellos gelingen, den steinigen Boden Ostpreußens erfolgreich zu bearbeiten.

In einer Mitgliederversammlung der U. S. V. für Elberfeld-Barmen wurden folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Die Mitgliederversammlung gibt sich nicht der Illusion hin, daß die bürgerliche Nationalversammlung ernstlich sozialistische Maßregeln ergreifen wird. Es bleibt deshalb der Arbeiterklasse kein anderer Weg, als auf Grund des Rätesystems selbst die Sozialisierung in die Hand zu nehmen.

Die Versammlung beauftragt die Einigungsbestrebungen innerhalb der Arbeiterklasse, die indes keineswegs auf Kosten der sozialistischen Grundsätze vor sich gehen darf. Sie erwartet vom Parteitag die Aufstellung eines Aktions- und Einigungsprogramms, auf dessen Grundlage sich unsere Partei und die noch von den rechtssozialistischen irreführenden Arbeitermassen wieder zusammenschließen können.

2. Der Parteitag setzt eine Kommission ein, welche Revision des Parteiprogramms. Vor allem sind hierbei die neuere Entwicklung des Imperialismus zu berücksichtigen und alle damit zusammenhängende Fragen scharf herauszuarbeiten.“

Protestkundgebung gegen Massenentlassungen.

Eine Protestkundgebung der Angestellten aller Branchen gegen Massenentlassungen und Massenentlassungen fand am letzten Sonntag vormittag im Sportpalast statt. Ingenieur Gram teilte mit, daß zahlreiche Großbetriebe, zum Beispiel die Kumpfer-Werke, Schulte-Lang, die Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken, die Flugzeugwerke Adlershof, ungefähr die Hälfte ihrer Angestellten gekündigt haben. Mit besonderer Vorliebe maßregeln die Unternehmer die Vertrauensleute der Angestellten und die Mitglieder der Angestellten-Ausschüsse usw. Die Verordnung des Demobilisierungs-Amtes vom 24. Januar, welche Kündigungen vor dem 28. Februar untersagt, genüge in keiner Weise. Frey Schmidt vom Zentralverband der Handelsangestellten, Dr. Pfirrmann, Dr. Kay und andere Redner verlangten unbedingtes Mitbestimmungsrecht der Angestellten in den Betrieben. Sie sollten bei Einstellungen, Entlassungen, Gehaltsregelung, Urlaubserteilung usw. ein entscheidendes Wort mitzusprechen haben. — Es wurde eine Entschließung angenommen, in der gegen die Massenentlassungen von Angestellten Protest erhoben und gefordert wird, daß namentlich solche Firmen, die in den Kriegsjahren erhebliche Gewinne gemacht haben, gezwungen werden, ohne Verdienst und selbst unter Anwendung besonderer Mittel ihre Betriebe aufrecht zu erhalten. An die Regierung werden folgende Forderungen gestellt: Einstellung der Kündigungenstermine bis zum 30. Juni, Mitwirkung der Gewerkschaften bei der Verteilung von Arbeit, gesetzlicher Zwang zur Umstellung der Betriebe auf Friedenswirtschaft, Ausdehnung der Befugnisse der Angestellten-Ausschüsse, die das Recht haben sollen, zu prüfen, ob und inwieweit die Aufrechterhaltung des Betriebes ermdmöglichst werden kann, endlich Verkürzung der Arbeitszeit. Zum Schutze der Mitglieder von Angestellten-Ausschüssen gegen Masseneinstellungen wird gefordert, daß dem Reichsarbeitsamt eine politisch zusammengesetzte Kündigungs-Kommission eingesetzt wird, welche Kündigungen dieser Art zu prüfen haben soll. Arbeitgeber, die sich Maßnahmen von Vertrauensleuten der Angestellten zu schulden kommen lassen, sollen mit Gefängnis bestraft werden.

Gewerkschaftliches.

Unternehmer provozieren Bergarbeiterstreiks.

Der Bezirks-Bergarbeitererrat Halle teilt uns folgenden Bericht mit: Am 6. d. M. ist die gesamte Belegschaft der dem A. Riebedach'schen Konstanwerken gehörigen Braunkohleneigrube Paul I. bei Ludenau in den Streik getreten, dem sich am 6. d. M. die Belegschaft der Grube Paul II. anschloß. Der Grund hierzu lag in der willkürlichen Verlegung eines Arbeiters, der sich bei seinen Vorgelegten durch sein Aufsetzen als Klassenbewußter Arbeiter mißliebiger gemacht hat. Der Arbeiter erhob gegen seine Verlegung bei der Verkleitung Einspruch, und nachdem der Betriebsführer trotzdem darauf bestand, kündigte er. Ohne jede Rechtsunterlage verlangte nun der Betriebsführer, daß der Arbeiter die letzten vierzehn Tage auf der eine Stunde entfristeten Grube Wilhelm arbeiten müßte. Daraus verlangte derselbe seine Papiere sofort, welche man ihm natürlich auch sogleich gab, denn das war ja der Zweck der ganzen Übung.

Die Bergarbeiter sahen den Fall als Maßregelung auf und traten, nachdem ihre Forderung auf Wiedereinstellung nicht erfüllt wurde, in den Streik. Es muß hier noch besonders hervorgehoben werden, daß mehrere Arbeiter sich erboten, freiwillig auf Grube Wilhelm zu arbeiten, weil sie dann einen bedeutend kürzeren Weg zur Arbeit hätten. Die Verkleitung lehnte aber dieses Anerbieten ab.

Der Bezirks-Arbeitererrat, der den Streik beilegen wollte, stellte nun in der Verhandlung, die er am 6. d. M. mit dem Berginspektor Riese weiter in Ludenau hatte, fest, daß die Verkleitung eine Ungehörigkeit begangen hat, da man dem Arbeiter, der ordnungsgemäß gekündigt hatte, das Weiterarbeiten auf seiner alten Arbeitsstätte verweigerte und außerdem verlangte, daß er die letzten vierzehn Tage auf Grube Wilhelm aufarbeiten sollte, wozu er nicht verpflichtet war. Auch wies der Bezirks-Bergarbeitererrat auf die durch den Streik und dessen eventuelle Ausbreitung noch größer werdende Kohlennot hin. Rund 4000 Wagen Kohle seien der Allgemeinheit durch die beiden Streikhöfe schon verloren gegangen. Alles nähte nichts. Riese weiter blieb auf seinem Herrschensdunkelpunkte bestehen.

Der Bezirks-Bergarbeitererrat ordnete im Einverständnis mit den Arbeiter-Ausschüssen an, daß die Arbeit am 7. d. M. wieder ausgenommen wurde und daß der gemäßigtere Arbeiter auf seiner alten Arbeitsstätte anfängt, auch ohne den Willen des Herrn Berginspektors.

Aus dieser Sachlage ergibt sich, daß nicht die Unlust der Bergarbeiter an der letzten Kohlennot schuld ist, sondern das Verengeln der Bergwerksbesitzer ruft auf den Gruben ohne jede Begründung Aufstände hervor, durch die der Arbeiter gezwungen wird, von der Verweigerung der Arbeitskraft Gebrauch zu machen.

